

## **12 Anträge (schriftlich)**

### **12.1 Tempo 30 in der Heinrich-Casper-Gasse – Sicherheit und Lebensqualität für Familien, die dort wohnen (GR<sup>in</sup> Potzinger, ÖVP)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Heinrich-Casper-Gasse ist ein reines Wohngebiet, wo viele junge Familien mit ihren Kindern leben. Leider gilt dort, anders als auf allen anderen nahegelegenen Ost-West-Verbindungsstraßen, Tempo 50, welches zusätzlich noch häufig überschritten wird. Belastung durch Lärm und Abgase, aber vor allem auch die Gefährdung der Sicherheit der Kinder am Schulweg haben die Anrainer schon mehrfach veranlasst, für die Heinrich-Casper-Gasse Tempo 30 vorzuschlagen.

Die großen neuen Bauvorhaben, die am Gelände der Wirtschaftskammer geplant sind und ein paar hundert Parkplätze vorsehen, lassen ein stark erhöhtes Verkehrsaufkommen im Bereich Hochsteingasse-Heinrich-Casper-Gasse erwarten. In der Hochsteingasse, der direkten Verlängerung der Heinrich-Casper Gasse in Richtung Zusertalgasse /Campus02 gilt bereits Tempo 30. Sinnvollerweise sollte möglichst rasch auch für die Heinrich-Casper-Gasse Tempo 30 gelten, um unnötige Raserei, Umweltbelastung und Gefährdung der Sicherheit der Anrainer zu vermeiden. Dass wochentags alle 15 Minuten ein Bus durch die Heinrich-Casper-Gasse fährt, darf nicht der Grund für Tempo 50 sein – auch in der nahegelegenen Carnerigasse, wo ebenfalls ein Bus fährt, gilt Tempo 30.

In der kinder-und familienfreundlichen Stadt Graz müssen Lebensqualität und Sicherheit auch und vor allem im Verkehrsbereich einen hohen Stellenwert haben!

Daher stelle ich namens der ÖVP-Gemeinderatsclubs folgenden

**Antrag:**

Die Verantwortlichen im Verkehrsressort werden dringend ersucht, möglichst rasch für die Heinrich-Casper-Gasse Tempo 30 zu realisieren.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **12.2 Mahnmal Lager Liebenau (GR<sup>in</sup> Dipl.-Museol.<sup>in</sup> (FH) Braunersreuther, KPÖ)**

Bei den jüngsten Ausgrabungen auf dem Gelände des ehemaligen Lagers Liebenau wurden erneut viele Funde gemacht. Alle Fakten deuten darauf hin, dass – wie durch Zeug\*innenaussagen bestätigt – unter dem Gelände noch viele Leichen liegen müssen. Diese Massengräber sind stumme Zeugen für die Gräueltaten, die an diesem Ort in der NS-Zeit durchgeführt wurden.

Die Erinnerung an diese Taten soll allen Menschen auf ewig eine Mahnung sein, damit Ähnliches nie wieder passieren kann. Aus diesem Grund ist bereits geplant, ein Mahnmal an diesem Ort zu errichten. Dabei muss jedoch bedacht werden, dass an ein Mahnmal andere Anforderungen gelten als an ein reines Denkmal oder Kunstwerk im öffentlichen Raum: Es muss gut sichtbar sein und seine Botschaft soll auch ortsunkundigen Menschen klar verständlich werden. Darüber hinaus sind Mahnmale wichtige Gedenkort für Angehörige von Opfern und Erinnerungsorte für Initiativen, die sich gegen das Vergessen engagieren.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Für ein Mahnmal für die Verstorbenen im ehemaligen Lager Liebenau soll baldmöglichst eine international angelegte, öffentliche Ausschreibung erfolgen, deren Einreichungen von einer Jury, bestehend aus KünstlerInnen, KunsthistorikerInnen, ZeithistorikerInnen, MitarbeiterInnen des Kulturamtes sowie VertreterInnen aus Gedenkinitiativen und Angehörigen von Opfern ausgezeichnet werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **12.3 Ausspucken auf der Straße ist ekelhaft und gefährdet (GR<sup>in</sup> Heinrichs, KPÖ)**

Das Ausspucken auf der Straße ist ein gesellschaftlich völlig inakzeptables, ekelhaftes Verhalten. Und es ist außerdem aus hygienischen Gründen – gerade in Zeiten von Corona – auch gefährlich.

Nach mehreren Initiativen zum Thema Sauberkeit im öffentlichen Raum (achtloses Wegwerfen von Zigarettenkippen etc.) möchte ich eindringlich darauf hinweisen, dass, besonders an den Haltestellen, leider das Ausspucken vor dem Einsteigen in die Straßenbahn wahrgenommen wird.

Am 19. März erklärte Elisabeth Presterl, Leiterin des Institutes für Krankenhaushygiene der MedUni Wien, im Kurier: „Coronaviren können in biologischem Material, etwa Schleim, überleben. Daher bitte nicht in die Umgebung spucken!“

Ebenso gab es auch im TV wiederholt Aufforderungen von Fußballtrainern an deren Spieler, nicht mehr auf den Rasen zu spucken.

Ein Ausspuckverbot sollte eigentlich in die Straßenreinhaltungsverordnung der Stadt Graz mitaufgenommen werden (insbesondere für Haltestellen und Kinderspielplätze) und ein Verstoß dagegen als Verwaltungsübertretung geahndet werden.

Als wichtige erste Gegenmaßnahme für mehr Bewusstsein zur notwendigen Hygiene sollte auf den Dreiecksständern an den Haltestellen („Bitte Abstand halten“) folgender zusätzlicher Hinweis zu lesen sein: „Ausspucken gefährdet!“

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrats sollen beauftragt werden, die Grazer Haltestellen ehestmöglich mit dem gut sichtbaren Hinweis „Ausspucken gefährdet!“ auszustatten.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.4 Graz repariert  
(GR Sikora, KPÖ)**

Seit einem Gemeinderatsbeschluss vom 13. Dezember 2018 fördert die Stadt Graz Reparaturinitiativen (Repair-Cafés) und Reparaturdienstleistungen bei dazu berechtigten Gewerbeunternehmen.

Diese Förderung dient der Ressourcenschonung durch Wiederverwendung von grundsätzlich noch gebrauchsfähigen Gegenständen (ReUse). Dazu soll die Tätigkeit

des Reparierens wieder stärker hervorgehoben werden und gemeinschaftliche Reparaturinitiativen gefördert werden.

Die Förderung von Reparaturmaßnahmen dient neben der Erhöhung der Lebensdauer von Geräten und Gegenständen auch der Bewusstseinsbildung, weshalb eine intensivere Bewerbung dieser Förderung sinnvoll ist.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, die der Umwelt dienende Aktion „Graz repariert“ aktiv zu bewerben.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.5 Großer Grazer Frühjahrsputz  
(GR Sikora, KPÖ)**

Der große „steirische Frühjahrsputz 2020“ musste heuer zur Eindämmung der Corona-Pandemie leider sowohl in Graz als auch in der gesamten Steiermark verständlicherweise abgesagt werden.

Die erfolgreiche Umweltaktion fand in der Vergangenheit immer sehr großen Anklang in der Bevölkerung, welche dazu eingeladen wurde, ein Zeichen gegen das unbedachte Wegwerfen von Müll zu setzen und Grünanlagen, Wiesen, Wälder, Bachläufe etc. zu reinigen. Auch gab es für die TeilnehmerInnen immer schöne Preise zu gewinnen.

Nachdem jedoch mit 15.6.2020 die Maßnahmen im gesamten Bundesgebiet erheblich gelockert wurden, wäre der Zeitpunkt günstig, den großen Frühjahrsputz im Großraum Graz ehestmöglich nachzuholen, liegt doch leider sehr viel Müll in der Natur, welcher darauf wartet, eingesammelt zu werden.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen des Magistrates sowie die zuständige Stadträtin für Umwelt werden höflich ersucht zu evaluieren, ob es, wie im Motivenbericht beschrieben, möglich ist, die Aktion „Großer Grazer Frühjahrsputz“ noch vor den Sommermonaten zu starten.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.6 Wanderweg errichten  
(GR Sikora, KPÖ)**

Eine beliebte Wanderroute verläuft bekanntlich im Grazer Osten liegend in der Nähe der FH Campus02 entlang der Zusertalstraße in Richtung Platte oder Rosenhain. Viele Wandernde und Natursuchende benützen dabei einen mittlerweile zu einem Trampelpfad mutierten Wald- und Wiesenweg inmitten der Natur. Dabei führt dieser nicht offizielle Weg über Grundstücke, welche der WKO, der GBG sowie zwei privaten Besitzern gehören. Die Benutzung wurde bisher stillschweigend von den GrundstücksbesitzerInnen toleriert. Es wäre jedoch für viele Natursuchende wünschenswert, dass dieser Trampelpfad ein offizieller Weg wird.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz werden ersucht, mit den entsprechenden Grundstückseigentümern Kontakt aufzunehmen, damit ein offizieller Wanderweg von der FH Campus 02 in Richtung Platte oder Rosenhain errichtet wird.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.7 Zugang zu Grazer Bädern vereinfachen  
(GR Sikora, KPÖ)**

Viele Grazerinnen und Grazer freuen sich, dass die Bäder nun eröffnet wurden. Doch die Rahmenbedingungen für einen Besuch trüben den Badespaß ein wenig: So kann man Eintrittskarten lediglich online vorbestellen und es gibt auch keine Ermäßigung für Familien.

Wünschenswert wäre zusätzlich zu der Online-Reservierung eine telefonische Reservierungsvariante, die den Zugang zu den Bädern vor allem für ältere Grazer und Grazerinnen erleichtern würde.

Auch bei den neuen Ticketpreisen gibt es Verbesserungspotential. Nachdem es heuer keine vergünstigten Saisonkarten gibt, wäre eine ermäßigte Familientageskarte ganz im Sinne der vielen, die sich ohne Preisnachlass dem Badespaß nur sehr schwer oder gar nicht leisten können. Auch Stundenkarten wären sinnvoll.

Daher stelle ich namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen werden höflichst ersucht zu überprüfen, ob eine telefonische Reservierungsvariante und eine ermäßigte Familientageskarte für die Grazer Bäder raschestmöglich umgesetzt werden kann.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

### **12.8 Arbeit und soziale Sicherheit für Menschen mit Behinderung (GR<sup>in</sup> Zitek, SPÖ)**

Die Volksanwaltschaft veröffentlichte im Dezember 2019 einen Sonderbericht, der auf die Probleme beim Thema Arbeit und Behinderung hinweisen soll.

Durch den rein nach medizinischen Gesichtspunkten vorgenommenen Ausschluss von Hilfen des AMS zur Begründung eines Arbeitsverhältnisses wie auch die fehlende kranken- und pensionsversicherungsrechtliche Absicherung von rund 22.000 in Behindertenwerkstätten tätigen Menschen mit Behinderung werden Erwachsene in die Rolle von Kindern gezwungen.

Der Artikel 27 der UN-Behindertenrechtskonvention beschreibt das Recht von Menschen mit Behinderung auf Arbeit auf der Grundlage der Gleichberechtigung mit anderen. Dieses Recht auf Arbeit schließt die Möglichkeit ein, den Lebensunterhalt durch Arbeit zu verdienen, die frei gewählt oder frei angenommen wird.

Gleichzeitig spricht die UN-Behindertenrechtskonvention in Artikel 27 die staatliche Pflicht aus, durch geeignete Schritte die Verwirklichung des Rechts auf Arbeit zu sichern und zu fördern. Österreich hat sich in internationalen Übereinkommen verpflichtet, Menschen mit Behinderung nicht zu diskriminieren und ist dadurch verpflichtet, einen inklusiven Arbeitsmarkt zu schaffen, der aber derzeit in keiner Weise verwirklicht ist.



Es gibt drei Problembereiche:

- Es gibt keinen inklusiven Arbeitsmarkt.
- Menschen mit Behinderung erwerben durch ihre Tätigkeit in Werkstätten keinen Anspruch auf Sozialversicherung.
- Menschen mit Behinderung erhalten nur ein Taschengeld von 5 € - 200 € im Monat und somit keine adäquate Entlohnung.

Der fehlende Sozialversicherungsanspruch und die Qualifizierung als „nicht arbeitsfähig“ ziehen weitreichende Folgen mit sich:

- Menschen mit Behinderung können keine Maßnahme des AMS in Anspruch nehmen, um am ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.
- Keine Möglichkeit für Krankenstand oder Inanspruchnahme anderer ArbeitnehmerInnenrechte.
- Abhängigkeit von Waisenrente oder Sozialhilfe.
- Bei Bezug von Sozialhilfe ist kein Vermögensaufbau möglich.
- Kein Pensionsanspruch -> keine Alterspension. Somit müssen auch alte Menschen mit Behinderung tagsüber Werkstätten besuchen, weil es keine anderen Betreuungsangebote gibt.

Ich stelle daher namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgenden

**Antrag:**

Die zuständigen Ämter und Abteilungen werden ersucht, an den Bund heranzutreten mit dem Ersuchen:

1. gesetzliche Regelungen und Strukturen so zu ändern, dass sich Menschen mit Behinderung mit ihren Potentialen und Fähigkeiten beruflich einbringen können.
2. eine sozialversicherungsrechtliche Absicherung von in Behindertenwerkstätten eingegliederten Personen zu bewirken.
3. neue Modelle der Entlohnung abseits des bisherigen Taschengeldsystems zu schaffen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

## **12.9 Errichtung von Sportgeräten im Freien (GR. Mogel, FPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die am südlichen Rand des Augartens im Freien aufgestellten Sportgeräte erfreuen sich äußerster Beliebtheit. Wann immer man an den Geräten (1 Streetworkout-parcours, 1 Parallel- und 1 Fixbarren, 1 Doppelstation - Bonni Reiter/Surfboard, 1 Doppelstation - Brustpresse/Lastzug, 1 Doppelstation - Crosstrainer/Beinpresse, 1 Doppelstation - Parallel Stangen/Rumpfbank und natürlich auch eine Infotafel) vorbeigeht, sind diese in Verwendung. Sowohl Junge und Junggebliebene, Frauen und Männer, aber auch erfahrene und unerfahrene Sportler üben sich in körperlicher Ertüchtigung. Der niederschwellige Zugang zu Trainingsgeräten für jedermann ist eine wichtige Maßnahme zur Gesundheitsförderung der ganzen Bevölkerung. Das Aufstellen der Übungsgeräte kann nur als echter Erfolg bezeichnet werden. Daher stelle ich namens des Freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachfolgenden

**Antrag**

gem. § 17 der GO f. d. Gemeinderat der Landeshauptstadt Graz:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Das zuständige Amt möge prüfen, ob im Bereich Harmsdorfpark/ORF-Park nach dem Beispiel im Augarten und die Anzahl der Gerätschaften den örtlichen Gegebenheiten angepasst frei zugängliche Sport- und Trainingsgeräte aufgestellt werden können. Bei positiver Beurteilung sollen diese installiert werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **12.10 Regenbogenzebrastreifen (GR Mag. Kuhn, Grüne)**

Das Sichtbarmachen queerer Themen in öffentlichen Bereichen ist ein wichtiges Zeichen, um die Akzeptanz homo-, bi-, trans- und intersexueller Menschen zu fördern. Der Regenbogen ist ein Symbol für lesbischwule, trans- und intersexuelle Sichtbarkeit und möchte gleichzeitig auf die Vielfalt dieser Lebensweisen hinweisen.

Viele Städte weltweit hissen Regenbogenfahnen an Rathäusern oder entlang von Brücken oder zentralen Straßen, stellen Regenbogensitzbänke auf, verzieren Straßenbahnen und Busse mit kleinen CSD-Fähnchen und lassen Zebrastreifen in Regenbogenfarben bemalen. Nicht nur in Skandinavien, den Niederlanden oder in unserem Nachbarland Deutschland zeigen viele Kommunen und Gemeinden hier Flagge oder bemalen eben Zebrastreifen, sondern auch etliche Gemeinden in Österreich wie Innsbruck, Villach oder Wien lassen Zebrastreifen in Regenbogenfarben erstrahlen. In Wien wurde im Jahr 2019 der Zebrastreifen zwischen Burgtheater und Rathaus mit Regenbogenfarben offiziell bemalt.

( <https://www.derstandard.at/story/2000104455943/wiener-zebrastreifen-erstrahlt-als-regenbogen> ).

Was in der Bundeshauptstadt möglich ist, müsste auch in Graz funktionieren. Setzen wir ein wichtiges Zeichen von Offenheit und Akzeptanz und gestalten einen Zebrastreifen in Regenbogenfarben.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

**Antrag:**

Verkehrsratsrätin Elke Kahr wird ersucht, einen Zebrastreifen - vorzugsweise im Bereich der Erzherzog Johann Brücke (vormals Hauptbrücke) oder am Eisernen Tor - in Regenbogenfarben bemalen zu lassen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.11 Unterstützung der Gedenkinitiative Graz-Liebenau  
(GR Mag. Kuhn, Grüne)**

Gedenkarbeit sollte einen breiten Raum in unserer Gesellschaft einnehmen. Gedenkarbeit, die Pflege von Gedenkstätten und die Aufklärungsarbeit über den Nationalsozialismus sollen ein Bewusstsein für die damalige Zeit schaffen, um daraus Lehren für die Gegenwart ziehen zu können. Im Lager Liebenau waren 1945 ungarische Juden und Jüdinnen, die sich auf einem Todesmarsch ins KZ-Mauthausen befanden, für kurze Zeit untergebracht. Etliche wurden hier erschossen und in eine Grube geworfen. Einige Leichen wurden nach dem Krieg exhumiert und am Jüdischen Friedhof Graz beigesetzt. Dabei handelt es sich jedoch nur um einen Teil der Opfer.

„Am 4. April 1945 verließen an die 6000 Jüdinnen und Juden Graz Richtung Mauthausen, am 7. April waren es noch 1200 Menschen, die, erkrankt an Typhus, erschöpft, ausgehungert und ohne ärztliche Versorgung vom Lager Liebenau über die Stupalpe losgeschickt wurden. (...) 53 Opfer am Grünanger konnten 1947 exhumiert werden, davon 34 mit tödlichen Schusswunden. 1992 stieß man beim Bau des Kindergartens in der Andersengasse auf die Gebeine zweier weiterer Opfer.“

(Entnommen aus: 2016 - Gedenkveranstaltung: „71 Jahre nach dem Holocaust in Liebenau“ und Gedenkkonzert mit Paul Gulda - <https://smz.at/gedenkveranstaltung-71-jahre-nach-dem-holocaust-in-liebenau-undgedenkkonzert-mit-paul-gulda.phtml> ).

Die Gedenkinitiative Graz-Liebenau (GI) setzt sich seit Jahren für die Aufarbeitung des ehemaligen Lagers Liebenau ein. Im Mai 2020 äußerte die GI Liebenau in einem Schreiben mit Nachdruck den Wunsch, eine archäologische Aufklärung für das Lager Liebenau betreffend durchführen zu wollen. Der mögliche Fundort wurde aufgrund einer Luftbildanalyse als sehr gut eingrenzbar bewertet. Da an dieser Gedenkstelle Sozialwohnungen geplant sind, was nicht ideal für eine Gedenkstätte ist, und wo eine Umwidmung angedacht werden sollte, wäre es zumindest (!) dringend geboten, dort nach Opfern zu suchen, wo es auch aktuell Hinweise gibt und die Leichen am jüdischen Friedhof Graz letztendlich beizusetzen.

Ich stelle seitens der Grünen – ALG folgenden

**Antrag:**

Kulturstadtrat Günter Riegler wird ersucht, die Gedenkinitiative Graz-Liebenau in ihrer wertvollen Erinnerungsarbeit zu unterstützen und der Forderung nach einer proaktiven Opfersuche im Bereich des ehemaligen Lagergeländes in Graz-Liebenau nachzukommen, sowie die Gedenkarbeit in Graz Liebenau ausreichend finanziell zu unterstützen. Des Weiteren sollte dem Wunsch nach einem künstlerisch gestalteten

Mahnmal, welches in einem medial breit kommunizierten und offenen Wettbewerb ermittelt wird, gefolgt werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

#### **12.12 Einkauf in der Grazer Innenstadt attraktivieren (GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Pavlovec-Meixner, Grüne)**

Die Unterstützung des Grazer Innenstadthandels beschäftigt uns bereits seit vielen Jahren, immer wieder gibt es neue Ideen und Bemühungen. Durch die Corona-bedingten Ausgangsbeschränkungen und Geschäftssperren ist die Situation von zahlreichen Betrieben in der Innenstadt nun existenzbedrohend geworden und das Geschäft läuft leider nur schleppend wieder an. Mit ganz unterschiedlichen Initiativen versucht die Stadt Graz, den Innenstadthandel nachhaltig zu beleben und auch Medien befragen ihre LeserInnen nach ihren Ideen.

In Gesprächen, sowohl mit UnternehmerInnen als auch Innenstadt-BesucherInnen, ist die Idee eines Servicecenters für Familien entstanden, da es für Familien mit Kindern oft nicht einfach ist, in der Innenstadt einzukaufen. In einer attraktiven und kindgerechten Umgebung Pausen einlegen zu können, Babys zu versorgen, aber auch ein Kinderbetreuungsangebot könnte für viele Eltern ein wesentliches Argument dafür sein, anstatt der Einkaufszentren die Innenstadt und ihre vielfältigen Angebote zu nutzen.

Eine konkrete Idee, um den Bedürfnissen der Familien gerecht zu werden, ist die Einrichtung eines Servicecenters für Familien. Ein zentral gelegenes großes Geschäftslokal soll multifunktional adaptiert werden. In einem sauberen und hellen Ambiente soll es möglich sein, Babys zu stillen und zu wickeln, Einkäufe zu deponieren oder einfach mit den Kindern mal kurz zu verschlafen, ohne etwas konsumieren zu

müssen. Das Lokal soll auch mit ansprechenden Sanitäreinrichtungen ausgestattet sein. Eine zuvorkommende persönliche Betreuung und Öffnungszeiten über die Geschäftsöffnungszeiten hinaus sowie eine – möglichst kostenlose - Kinderbetreuung würde es Familien massiv erleichtern, ihre Einkäufe in der Stadt zu erledigen. Ein solches Angebot könnte eine attraktive Alternative zu den Einkaufszentren am Stadtrand schaffen und würde damit sicherlich dem Innenstadthandel zugutekommen. Daher stelle ich seitens der Grünen – ALG folgenden

**Antrag:**

- 1.) Die Wirtschaftsabteilung der Stadt Graz möge in Kooperation mit dem Amt für Jugend und Familie ein Konzept für ein Servicecenter für Familien in der Grazer Innenstadt erarbeiten.
- 2.) Die Stadt Graz möge ein geeignetes leerstehendes, zentrales Geschäftslokal für das Servicecenter für Familien anmieten oder im besten Fall eine eigene Geschäftsfläche im Rathaus zur Verfügung stellen und gemäß dem noch zu erarbeitenden Konzept adaptieren sowie die Finanzierung des Betriebs sicherstellen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.13 Eintrittskarten für die Grazer Schwimmbäder in der Corona-Krise  
(GR<sup>in</sup> Wutte, MA, Grüne)**

Auch in diesem Sommer wird es wieder etliche Hitzetage geben und viele GrazerInnen werden sich in unseren Schwimmbädern erholen und abkühlen wollen. Aufgrund der noch nicht ganz gebannten Gefahr der Corona Übertragung wurden verschiedene Vorsichtsmaßnahmen getroffen. Sehr erfreulich ist, dass trotz der Corona-Krise und

Wochen der Ungewissheit bereits am 29.5. das Margareten- und das Ragnitzbad ihre Pforten öffnete und die anderen städtischen Bäder am 15.6. folgten.

Die Grazer Bäder sind durch die Covid-Krise natürlich sehr gefordert, die entsprechenden Sicherheitsregeln umzusetzen. Die jetzt getroffenen Regelungen erscheinen allerdings doch etwas starr und nicht dazu angetan, unter den vorgegebenen Rahmenbedingungen einen möglichst barrierefreien Zugang für die Badegäste sicherzustellen.

So können Eintrittskarten nur online reserviert werden, obwohl zunächst eine telefonische Reservierung in Aussicht gestellt wurde. Für ältere Menschen kann die Online-Reservierung inkl. Online-Banking jedoch eine große Hürde darstellen. Ohne allzu großen administrativen Aufwand könnte eine telefonische Reservierungsmöglichkeit angeboten werden, bei der die Karten - wie bei Kinokarten üblich - bis zu einer bestimmten Zeit an der Kassa abgeholt werden müssen und ansonsten an andere Gäste verkauft werden.

Verständlich ist, dass in der derzeitigen Situation keine Saison- und Stundenkarten vergeben werden. Zumindest das Angebot einer Halbtageskarte würde aber sehr viel Sinn machen. Gerade Familien, deren Kinder im Sommer schulfrei haben, würden eine Vormittagskarte sicher gut annehmen. Damit würden die Kapazitäten der Bäder deutlich besser genutzt werden, als es bei einer ausschließlichen Ausgabe von Tageskarten der Fall ist.

Ich stelle daher namens der Grünen-ALG folgenden

**Antrag:**

Stadtrat Günter Riegler als für die Holding Graz zuständiges Stadtsenatsmitglied wird ersucht, die Schaffung eines erweiterten Angebots an Reservierungsmöglichkeiten und Eintrittskarten für die Grazer Bäder anzuregen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***



**12.14 Mikrobus-Verbindung zur SeniorInnenwohnanlage Körblergasse  
(GR Ehmman, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die SeniorInnenwohnanlage Körblergasse liegt auf einer Anhöhe im Waldnahbereich des Rosenberges. Die Anfahrt ist ein ansteigender Seitenarm der Körblergasse und endet mit der Haltestelle Richard-Wagner-Gasse der Buslinie 39. Das heißt, die letzten etwa 350 Meter hin zur SeniorInnen-Wohnanlage, eine relativ steile Strecke, müssen die SeniorInnen zu Fuß gehen.

Gerade weil dies als unzumutbar empfunden wird, hat sich längst eine Interessensgemeinschaft SeniorInnenwohnanlage Körblergasse gebildet, die eine Linienverlängerung per Kleinbus/Mikrobus angeregt hat. Und das nicht rund um die Uhr – es würden schon zumindest drei Fahrten pro Tag reichen, sind doch mehr als die Hälfte der in den 93 Wohneinheiten lebenden SeniorInnen in ihrer Mobilität für den steilen Aufstieg eingeschränkt: Die Strecke mit Einkäufen zu bewältigen, ist für viele fast unmöglich. Und kostenintensive Taxifahrten sind für viele einfach nicht leistbar.

Die Reaktion auf diese Mikrobus-Anregung fiel eher bescheiden aus. Angeblich, so wurde gegenargumentiert, fehle für die Rückfahrt ein Einweiser. Erstaunlich nur, dass bei Übungen sogar Feuerwehr Tanklöschzüge, so die Beobachtung der SeniorInnen, reversieren können, das sollte also auch für einen Mikrobus möglich sein. Und falls angeblich die Kosten dagegen sprechen: Diese würden sich bei einer derart bescheidenen Mikrobus-Verbindung sicher im Rahmen halten – Hilfestellung für den Alltag für mobilitätseingeschränkte SeniorInnen, die unsere Unterstützung für Arzttermine, Amtserledigungen, Einkäufe oder nur für das Außer-Haus-Gehen brauchen, sollte auf jeden Fall Vorrang gegenüber einer 50 Millionen Euro teuren Plabutschgondel haben.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen im Haus Graz mögen umgehend beauftragt werden, eine Mikrobussverbindung gemäß Motivenbericht zwischen der Haltestelle Richard Wagner-Gasse und der SeniorInnenwohnanlage Körblergasse 82/82a/82 b ernsthaft zu prüfen und zu realisieren.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.15 Ersatz von Behindertenparkplätzen Kaiser-Josef-Platz  
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Im Zuge der Covid19-Maßnahmen und den damit verbundenen Abstandsregeln wurden für den Bauernmarkt am Kaiser-Josef-Platz besondere Vorkehrungen getroffen, um diesen gerecht zu werden. So wurde unter anderem die Schlögelgasse dauerhaft für den Verkehr gesperrt, um mehr Platz für Marktbetreiber und Besucher zu schaffen und zum anderen kann auch die Fußgängerzone vor der Heilandskirche von Marktbetreibern als Verkaufsfläche genutzt werden.

Maßnahmen zur Bekämpfung von Covid19 sind selbstverständlich richtig und wichtig. Es ist aber dabei auch darauf zu achten, dass keine Personengruppe dadurch massive Nachteile erfährt. Im Fall des Kaiser-Josef-Platzes wurde jedoch augenscheinlich auf Menschen mit Beeinträchtigung, die mit dem eigenen Auto anreisen, gänzlich vergessen.

Ursprünglich hatte diese Personengruppe die Möglichkeit, zwei Behindertenparkplätze in der Schlögelgasse sowie im Kreuzungsbereich Schlögelgasse/Luthergasse zu nutzen. Diese drei Parkplätze wurden durch die oben beschriebenen Maßnahmen nun ersatzlos gestrichen, wodurch nun Menschen mit besonderen Bedürfnissen keine Parkmöglichkeit um den Kaiser-Josef-Platz vorfinden, die es ihnen erleichtert, dort einzukaufen.

Kurioserweise wurden jedoch gegenüber der Oper vor dem Kaiser-Josef-Platz weitere neue Zonen-Parkplätze und Ladeflächen errichtet, die selbstverständlich auch im regen Maße von allen Grazerinnen und Grazern im Zuge ihrer Einkäufe genutzt werden.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und die Holding Graz sollen für den Bereich um den Kaiser-Josef-Platz einen umgehenden Ersatz für jene drei Behindertenparkplätze schaffen, die den Covid19-Maßnahmen zum Opfer fielen, wobei sich die neu errichteten Zonen-Parkplätze gegenüber der Oper hinsichtlich des Platzbedarfs und der Situierung als besonders geeignet anbieten.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.16 Prüfung Taktfrequenz Linie 1 und 7  
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Das derzeitige Angebot der Grazer Linien wird von den Grazerinnen und Grazern sehr gut angenommen. Dies hängt sicherlich einerseits damit zusammen, dass unsere Stadt und ihre Bezirke stetig und rasch wachsen und andererseits die Straßenbahn eine vernünftige Alternative zum MIV darstellt. Diese Tatsachen stellen die Grazer Linien jedoch auch vor neue Herausforderungen, um der steigenden Nachfrage gerecht zu werden.

Vor allem die Bewohner und Bewohnerinnen des Bezirks Eggenberg spüren die große Nachfrage, da zu den „Stoßzeiten“ die Straßenbahnen der Linie 1 überfüllt sind und dadurch oftmals nicht einmal ein Zusteigen möglich ist.

Aus diesem Grund stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

**Antrag:**

Die Holding Graz und ihre zuständigen Stellen mögen einerseits die derzeitige Situation der Straßenbahnlinien 1 und 7 zu den sog. „Stoßzeiten“ (Frühverkehr bzw. Abendverkehr) und andererseits die Möglichkeit zur Erhöhung der Taktfrequenz oder alternative Lösungen für die im Motivenbericht angeführte Situation prüfen. Jedenfalls sind geeignete Maßnahmen zur Verbesserung der Fahrgastsituation so rasch wie möglich umzusetzen.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.17 Prüfung Förderung von Home-Office-Arbeitsplätzen  
(GR Mag. (FH) Muhr, MSc, SPÖ und GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Die Covid 19-Krise brachte weltweit massive Veränderungen in das gesellschaftliche und das wirtschaftliche Leben. Der Lockdown führte unter anderem zu Kurzarbeit, Konsumentzug, Einschränkungen der sozialen Kontakte oder sogar zu Insolvenzen von Unternehmen verbunden mit Arbeitslosigkeit. Die negativen Folgen der getroffenen Maßnahmen für Menschen und Wirtschaft wird wahrscheinlich erst die nahe Zukunft aufzeigen und die Politik und die kommunalen Verwaltungen vor großen Herausforderungen stellen.

Trotz vieler negativer Prognosen bieten derartige Situationen auch Chancen. Chancen, sich von veralteten Denkmodellen zu verabschieden und neue, zukunftsweisende Wege zu gehen. So hat der Lockdown viele Unternehmen dazu gezwungen, dass sie ihre Arbeitsmodelle neu überdenken, indem sie vermehrt Home-Office-Arbeitsplätze anbieten.

Home-Office-Konzepte bieten viele Vorteile sowohl für Unternehmen als auch für die Arbeitnehmer, aber auch für Kommunen und Städte hinsichtlich ihrer Verkehrsproblematiken, indem durch die Schaffung von Home-Office-Arbeitsplätzen ein wesentlicher Impuls gesetzt werden kann, den immer stärker werdenden Pendlerverkehr zu verringern. Dies haben bereits viele Kommunen und Bundesländer erkannt und sich zu entsprechenden Förderungen entschlossen. Förderkonzepte werden bereits in Wien und durch das Land Steiermark angeboten. Linz und Niederösterreich sind gerade dabei, weitere Studien zum Thema Home-Office und Verkehr zu erstellen, um dadurch einerseits Teillösungen zu bestehenden Verkehrsproblemen zu finden, aber um auch andererseits Unternehmen wirtschaftlich hinsichtlich ihrer Digitalisierung zu unterstützen, sodass sie konkurrenzfähig bleiben und Arbeitsplätze sichern und schaffen.

Derartige Konzepte sind somit auch für Graz auf jeden Fall überlegenswert, um als Unternehmensstandort attraktiv zu bleiben und mit entsprechenden Anreizen zur Errichtung von Home-Office-Arbeitsplätzen den Pendlerverkehr nachhaltig zu verringern und die Situation der teilweise überlasteten öffentlichen Verkehrsmittel zu verbessern.

Aus diesem Grund stellen wir namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen der Stadt Graz und der Holding Graz sollen die Möglichkeiten und Auswirkungen von Fördermodellen für Unternehmen zur Errichtung von Home-Arbeitsplätzen hinsichtlich der Stärkung des Wirtschaftsstandorts Graz und hinsichtlich der Verringerung des Pendlerverkehrs prüfen und bei einem positiven Ergebnis so rasch als möglich entsprechende Förderkonzepte entwickeln und umsetzen. Als Ausgangsbasis sollen bereits gewonnene Erfahrungswerte wie z.B. jene der steirischen Förderstelle SFG oder der Stadt Wien zur Unterstützung der Entscheidungsfindung herangezogen werden.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.18 Re-Use-Shops für die Stadt Graz  
(GR<sup>in</sup> Robosch, SPÖ)**

Während in Schweden bereits ein ganzes Einkaufszentrum nur mit gebrauchten, reparierten oder umgebauten Waren entstanden ist, begrenzen sich hierzulande weite Teile der Re-Use, Recycle oder Up-Cycle-Shops (vor allem außerhalb des Modebereichs) auf caritative Zwecke. Für den Sozialbereich ist dies ein wichtiger und

integraler Bestandteil und sichert vielen Menschen den Bedarf an essentiellen Gegenständen für ihren Alltag.

Doch eine steigende Anzahl an Grazerinnen und Grazer wollen schöne, wichtige und funktionale Dinge für ihr Leben nicht mehr nigel-nagelneu kaufen. So sieht man sich auch in Graz vor dem Dilemma, nicht Shops für Menschen mit geringeren Einkommen „abzugrasen“ oder stundenlang die Anzeigen auf willhaben.at durchforsten zu wollen. Vor allem seit der Schließung des Entrümpelungsservice und Re-Use-Shops BAN entstand ein Loch in der Grazer Second-Hand-Infrastruktur, das auch die Stadt und diverse gemeinnützige Vereine nicht schließen konnten. Das Möbellager des Sozialamtes und auch andere Träger haben nur begrenzte Lagerflächen und wählen daher ihre Spenden nach ehestmöglichen Weitergaben aus. Wer also noch benutzbare Möbel oder andere Gegenstände weitergeben möchte, aber keine Zeit, keinen Platz oder schlicht keinen „Nerv“ für das Erlebnis einer Anzeigenerstellung auf willhaben.at hat, sucht vergeblich nach Alternativen zur Sturzgasse.

Doch erst wenn das Weitergeben, Weiterverwerten und Gebraucht-Kaufen von möglichst vielen Gegenständen leicht und massentauglich wird, bringt es auch den gewünschten ökologischen Effekt für unsere Umwelt und uns damit einer Kreislauf-Wirtschaft einen Schritt näher.

Als Stadt Graz sollten wir hier eine immer größer werdende Lücke schließen und analog zum Beispiel BAN einen sozial-ökonomischen Re-Use-Shop etablieren. Unser Angebot muss in diesem Bereich über die Re-Use-Freitage hinausgehen und als Nummer-Eins-Adresse für die breite Masse in Sachen ReUse- & Repair-Service gelten. Deshalb stelle ich namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion den

**Antrag,**

die zuständigen Stellen der Stadt Graz mögen prüfen, inwiefern ein Re-Use- und Repair-Zentrum analog zum Motivenbericht in Graz etablierbar ist.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***

**12.19 Verbesserung der Infrastruktur im Augartenpark  
(GR Mag. Haßler, SPÖ)**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister!

Mitte April wurde die Augartenbucht offiziell eröffnet und Anfang Juni wurden zwei Foodtrucks beim Pavillon hinter der Bucht stationiert. Der ohnehin schon sehr belebte Augartenpark wird seitdem noch stärker frequentiert, was dazu geführt hat, dass nicht nur der Park quasi überrannt wird, wie es eine Tageszeitung unlängst beschrieb, sondern auch die nur spärlich vorhandenen WC-Anlagen.

Beim Ausbau der Augartenbucht hat man zwar keine Kosten gescheut, aber offensichtlich wurde die Infrastruktur für die gestiegene Frequenz nicht ausreichend berücksichtigt. Daher bilden sich an sonnigen Tagen vor allem vor den Toiletten für die weiblichen Besucherinnen immer wieder lange Schlangen – was zu Unmut und Ärger führt.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher den

**Antrag:**

Die zuständigen Stellen im Haus Graz sollen beauftragt werden, Überlegungen anzustellen, wie die unzureichende „WC-Situation“ im Augartenpark schnellstmöglich verbessert werden kann.

***Der Antrag wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.***



Öffentliche Gemeinderatssitzung vom 18. Juni 2020

Damit ist die ordentliche öffentliche Sitzung des Gemeinderates der Landeshauptstadt Graz beendet. Bgm.-Stv. Mag. (FH) **Eustacchio** schließt die öffentliche Sitzung des Gemeinderates um 18.57 Uhr.

Die Vorsitzenden:

-----  
Bürgermeister  
Mag. Siegfried Nagl

-----  
Bürgermeisterstellvertreter  
Mag. (FH) Mario Eustacchio

-----  
Stadtrat  
Kurt Hohensinner, MBA

-----  
Stadtrat  
Dr. Günter Riegler

Schriftführer und Schriftprüferin:

-----  
Der Schriftführer:  
Wolfgang Polz

-----  
Die Schriftprüferin:  
GR<sup>in</sup> Mag.<sup>a</sup> Ulrike Taberhofer

wörtliches Protokoll erstellt von: Carina Reiter